

Tabellenführer Bayern – Absteiger NRW

Wirtschaftspolitischer Vergleich der vier größten Bundesländer

Juni 2002

Bayern
Baden-Württemberg
Niedersachsen
Nordrhein-Westfalen



Mittelstands- und
Wirtschaftsvereinigung
der CDU Nordrhein-Westfalen

Rot-Grün kann es nicht: Tabellenführer Bayern – Absteiger NRW



Hartmut Schauerte MdB

Sehr geehrte Damen und Herren,

ein bedrückendes Jahr 2001 liegt hinter uns. Ein neues Jahr 2002 hat kaum besser begonnen. Die wirtschaftliche Situation in Deutschland ist so schlecht wie selten zuvor. In Ihrem letzten Jahr kämpft die regierende rot-grüne Koalition in Berlin erneut gegen die Folgen der eigenen wirtschaftspolitischen Fehler an und in Nordrhein-Westfalen versucht der Ministerpräsident mit unwirtschaftlichen Prestigeprojekten die Fehlleistungen der letzten Jahrzehnte vergessen zu machen.

SPD-geführte Landes- und Bundesregierungen versuchen, die selbst geschaffenen Probleme auszusitzen und ihre wirtschaftspolitische Inkompetenz schön zu

färben. Schon in diesem Frühjahr hatte die Betrachtung der wirtschaftlichen Leistungen in 2001 in unserem **Wirtschaftspolitischen Vergleich** das Versagen sozialdemokratischer Politik in Bund und Land aufgezeigt. Zahlen und Daten, die den Führungsanspruch der Union bei der Wirtschaftskompetenz eindrucksvoll unterstreichen.

Der Zuspruch und das öffentlich Echo war enorm. Die Diskussion um die richtigen Konzepte in der Wirtschaftspolitik ist entbrannt und die Kompetenz der CDU und CSU wird auch von den Bürgern anerkannt. Unser **Fazit**: „Wachstum und Beschäftigung können wir besser!“

Die Bürger werden urteilen: Über die Bilanz der letzten drei Jahre und über den rot-grünen Stillstand in 2002. Aktualisierte Zahlen zeigen, dass die Aussichten mit Rot-Grün trübe sind. Auch in 2002 wird Rot-Grün in NRW und Bund uns ein wirt-

schaftspolitisches Desaster bescheren. Die unionsgeführten Landesregierungen dagegen kämpfen erfolgreich gegen die schlechten Rahmenbedingungen aus Berlin. **Der Ministerpräsident und Kanzlerkandidat Stoiber** hat in Bayern eindrucksvoll gezeigt, wie man auch bei schlechten Rahmenbedingungen aus Berlin erfolgreich sein kann. Er ist der erfolgreichste Spielführer in der Bundesländerriga. Mit ihm und seiner Mannschaft wird Deutschland wieder erfolgreich sein.

Düsseldorf im Mai 2002

Hartmut Schauerte
Landesvorsitzender

Inhalt

1. Wirtschaftswachstum	4 – 6	3. Insolvenzen	12 – 13	6. Exporte	20 – 21
– Entwicklung des BIP in 2001	4	– Unternehmensinsolvenzen 2001	12	– Außenhandel Deutschland	20
– Steigerung des Bruttoinlands- produktes von 1995 bis 2001	6	– Aussichten für 2002	13	nach Bundesländern in 2001	
2. Arbeitsmarkt	7 – 11	4. Selbständigkeit in der Ländern	14 – 15	7. Innovation und Technologie	21 – 22
– Arbeitslosenbestand April 2002	7	– Gewerbean- und abmeldungen 2001	14	– Gesamtzahl der Patent- anmeldungen und Anteil der Länder in 2001	21
– Arbeitslosenquoten 2001/2002	8	– Selbständigenquote	14	– Patentanmeldungen pro Einwohner in 2001	22
– Arbeitslosenquoten 2001 (Jahresdurchschnitt)	9	– Stimmungen und Aussichten	15		
– Offen Stellen	9				
– Arbeitslose Jugendliche unter 25 Jahren im April 2002	10				
– Ausländerarbeitslosigkeit	11				
		5. Bildung und Ausbildung	16 – 19	8. Deutschland im Wettbewerb	23
		– Ausgaben für Schüler in 1999	16		
		– Ausbildungsplatzlücke 2001	18		
		– Gemeldete Berufsaus- bildungsstellen 2001	19		3

1. Wirtschaftswachstum

Entwicklung des BIP in 2001

Das Erfolgskriterium einer Volkswirtschaft schlechthin ist das Wirtschaftswachstum. Dies gilt in besonderem Maße für eine exportorientierte Ökonomie wie die der Bundesrepublik Deutschland.

Kein volkswirtschaftlicher Indikator hat eine solch wichtige Aussagefunktion für viele andere wirtschaftliche und politische Größen: Die Schaffung von Arbeitsplätzen und Konsum sowie das Investitions- und Gründungsklima sind eng mit dieser Zahl verbunden.

Die Daten für 2001 geben einen erschreckenden Einblick in die miserable rot-grüne Wachstumsbilanz in den Ländern und in ganz Deutschland.

Die Bundesländer Bayern (0,9%) und Baden-Württemberg (0,8%) wuchsen in diesem Zeitraum gegenüber dem Vorjahreszeitraum um ein Vielfaches gegenüber NRW (0,2%) und Niedersachsen (0,4%). Sogar das kleine und strukturbelastete Saarland konnte unter der neuen CDU-Regierung aufholen und liegt mit 1,1% Wachstum des Bruttoinlandsproduktes weit vor Nordrhein-Westfalen. Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen liegen damit weit unter dem Durchschnitt der alten Bundesländer. Mit 0.6% liegt dieser Wert deutlich über dem der beiden rot-grünen Länder.

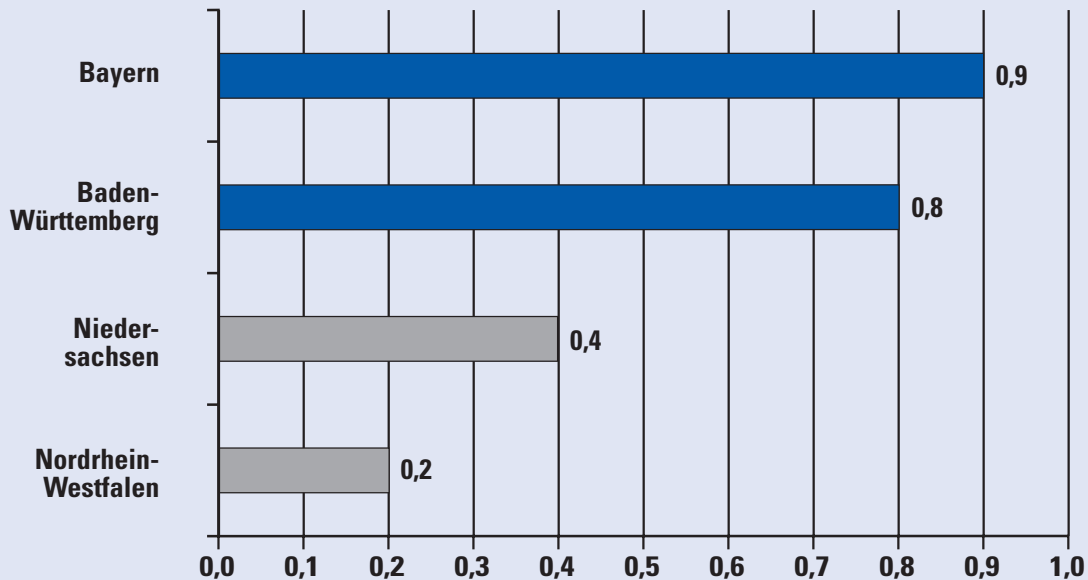
Und dieser Trend setzt sich auch bei der Betrachtung aller Bundesländer fort. CDU-geführte Bundesländer haben im Schnitt ein Wachstum von 1%, SPD-geführte von 0%*. Dieses eine Prozent ist volkswirtschaftlich ein Unterschied von et-

wa 21 Milliarden Euro beim bundesdeutschen BIP (gesamt: 2063 Mrd. Euro). Es ist der Unterschied zwischen Stagnation und Wachstum. Es beweist, dass kluge Wirtschaftspolitik trotz Konjunkturschwäche etwas leisten kann und dass weltwirtschaftliche Entwicklungen nicht an allem schuld sind.

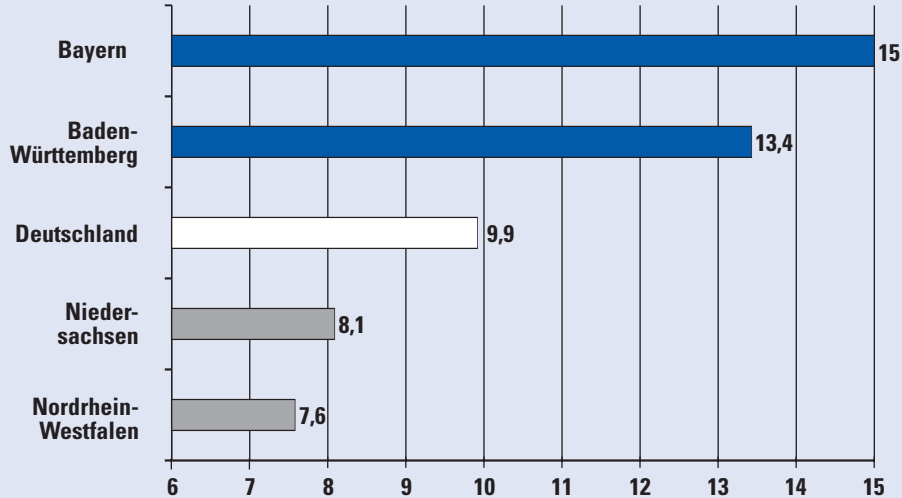
Auch der Ausblick auf die Zahlen in 2002 ist trübe. Im Frühjahrsgutachten der sechs wichtigsten Wirtschaftsforschungsinstitute wird das gesamtdeutsche Wachstum in diesem Jahr auf gerade einmal 0,9% geschätzt. Viel zu wenig, um Beschäftigungseffekte zu erreichen.

***Eigene Berechnungen, große Koalitionen zugunsten der den Ministerpräsident/Regierenden BM stehenden Partei gerechnet .**

**Veränderung des Bruttoinlandsprodukts in 2001 gegenüber dem Vorjahr in %
(in Preisen von 1995, 2. Fortschreibung)**



Prozentualer Anstieg des BIP von 1995 bis 2001 (in Preisen von 1995)



Steigerung des Bruttoinlandsproduktes von 1995 bis 2001

Wirtschaftspolitisches Versagen ist ein Markenzeichen von Rot-Grün. Es ist dort ein langfristiger Trend, wo Sozialdemokraten und Grüne regieren. Nach Berechnungen des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg war der Anstieg des Bruttoinlandsproduktes in NRW und Niedersachsen von 1995 bis 2000 kaum halb so hoch wie in Bayern. Hätte Nordrhein-Westfalen in dieser Zeit das selbe Wirtschaftswachstum wie Bayern erreicht, so wäre das BIP in NRW in diesem Zeitraum um zusätzliche 132 Milliarden Euro gewachsen. Jährlich über 20 Milliarden verschenktes Wohlstandspotential. Nordrhein-Westfalen ist ein halbes Jahrzehnt im Rückstand. Sechs verspielte Jahre für die Bürger und die Wirtschaft in NRW!

2. Arbeitsmarkt

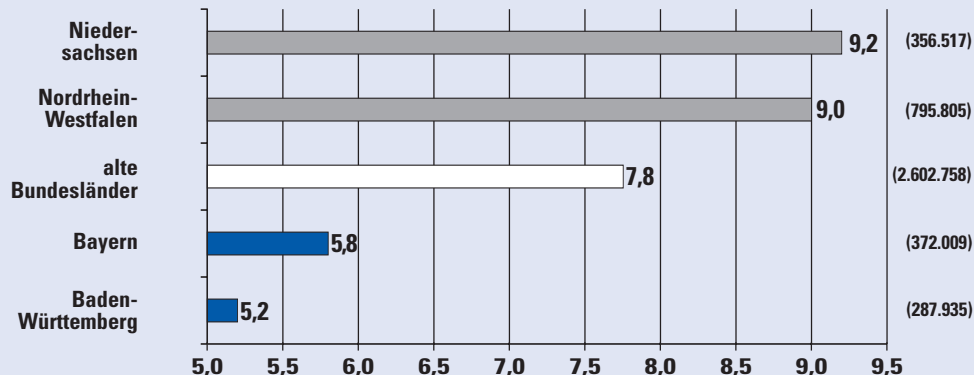
Arbeitslosenbestand April 2002

So schlecht die rot-grüne Bilanz auf dem Arbeitsmarkt in 2001 war, um so schlimmer war der Einstieg ins Jahr 2002 für viele Menschen ohne Arbeit.

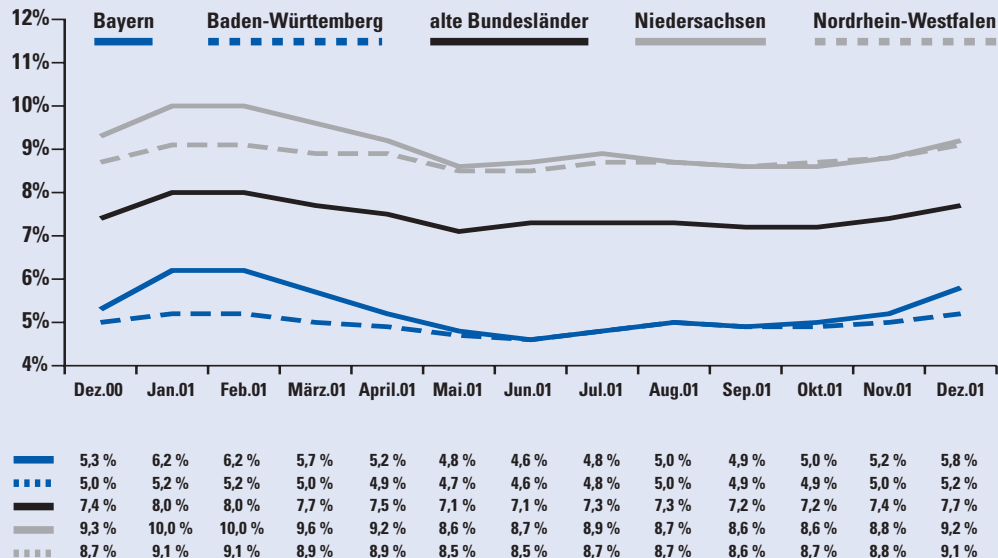
796.805 Menschen in NRW waren im April ohne Arbeit, 32.623 mehr als im Vorjahresmonat. Auch scheint in diesem Jahr die Frühjahrsbelegung auf dem Arbeitsmarkt fast gänzlich auszufallen. Die Arbeitslosenzahlen bleiben seit Dezember

vergangenen Jahres (798.000) in Nordrhein-Westfalen annähernd konstant. Bayern und Baden-Württemberg dagegen können die Zahl der Menschen ohne Job stabil bei 5 bis 6% halten und das trotz hoher Zuzugsraten in diese attraktiven Bundesländer. In NRW und Niedersachsen ist die Zahl vor dem Komma weiterhin eine Neun. Neben der jahrzehntelangen Klüngel- und Klientelpolitik der SPD, die in NRW maßgeblich für die verpassten Struktur-reformen verantwortlich ist, ist kurzfristig die rot-grüne Bundespolitik für diese Stagnation auf hohem Niveau verantwortlich. Die Änderungen des Betriebsverfassungsgesetzes im vergangenen Jahr, die Diskussion um die Tariftreuerregelungen und die offensichtliche Einstellung jeglicher Wirtschaftspolitik über den Winter und im Frühjahr zeitigen nun ihre Folgen. Hier heißt es für uns: Spät(h) kommt die Rettung!

Arbeitslosenquoten (in %) bezogen auf alle Erwerbspersonen im April 2002



Arbeitslosenzahlen Dezember 2000 bis Dezember 2001 (Ländervergleich)



Arbeitslosenquoten 2001/2002: Die Lücke bleibt, die rote Laterne hängt in NRW!

Es scheint, als habe man sich in Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen mit Arbeitslosenquoten rund um die 9% abgefunden. Trotz vollmundiger Ankündigungen geschieht kein substanzieller Strukturwandel. Stattdessen werden – u.a. durch die Kohlesubventionen – Branchen künstlich am Leben erhalten.

Der Abstand zu Bayern und Baden-Württemberg bleibt konstant circa 3% mehr Arbeitslosigkeit. Dies wären im NRW zwischen mehr als 250.000 zusätzliche Arbeitsplätze, wenn NRW auf bayerischem Niveau Politik betriebe. Doch auch im Frühjahr 2002 bleibt zu sagen: Die Union schafft Joboasen – Sozialdemokraten schaffen Beschäftigungswüsten.

Arbeitslosenquoten 2001 (Jahresdurchschnitt)

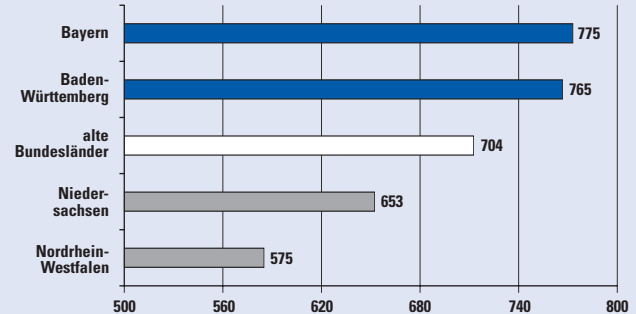
Hohe Arbeitslosenquoten sind ein trauriges Markenzeichen sozialdemokratisch regierter Bundesländer geworden. Dazu trägt auch das anhaltend geringere Wachstum bei. Für den Wirtschafts- und Mittelstandsstandort NRW jedenfalls hat Rot-Grün bisher nichts verbesserndes getan. Die Rote Laterne der westdeutschen Länder blieb im Jahr 2001 in Sachen Bekämpfung der Arbeitslosigkeit bei NRW (9,6%) und Niedersachsen (9,8%), während Bayern (5,2%) und Baden-Württemberg (4,9%) ihre ökonomischen Hausaufgaben gemacht haben.

Offene Stellen

Natürlich reflektiert sich die schlechte Lage am Arbeitsmarkt in der Zahl der gemeldeten offenen Stellen. Weit hinter den unionsgeführten Bundesländern dümpeln NRW und Niedersachsen unter dem Durchschnitt der westdeutschen Länder und machen ihrem Ruf als „Länder der verpassten Chancen“ alle Ehre.

Dabei ist dieser Abstand für viele Arbeitslose die entscheidende Größe zwischen Vermittlung und Langzeitarbeitslosigkeit. Mit fast 775 Stellen pro 100.000 Einwohner* werden in Bayern den Arbeitslosen über ein Drittel mehr Arbeitsplätze angeboten wie in Nordrhein-Westfalen (575 Stellen/100.000 Einwohner). Deutlich weniger offene Stellen für Arbeitssuchende ist das Fazit des miserablen Arbeitsmarktes unter Sozialdemokraten.

Bestand der bei den Arbeitsämtern gemeldeten Stellen pro 100.000 Einwohner (April 2002)



* Eigene Berechnungen, Stichtag Einwohnerzahlen:
30.06.2001.

Arbeitslose Jugendliche unter 25 Jahren

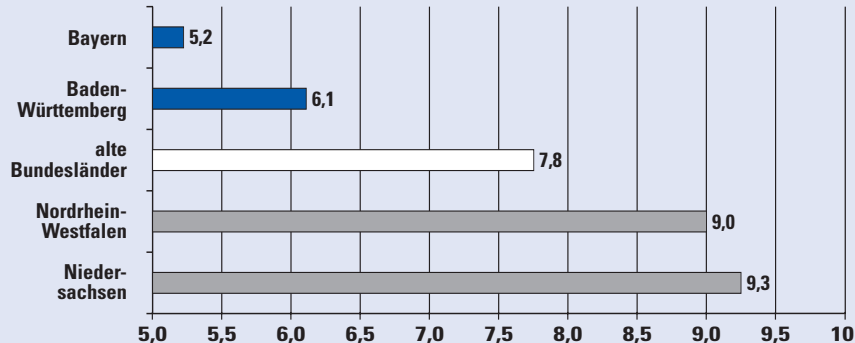
Schon der Start in den Arbeitsmarkt fällt jungen Menschen in Bayern und Baden-Württemberg leichter als in NRW und Niedersachsen. Alleine in Nordrhein-Westfalen waren im April diesen Jahres 91143 unter 25jährige Jugendliche und junge Erwachsene arbeitslos.

Kein vielversprechender Start in die Zukunft und ein erfolgreiches Berufsleben.

Die Jugendarbeitslosigkeit unter 25 Jahren lag im April 2002 bei 7,8% in den Westdeutschen Bundesländern. Die unionsgeführten Länder Bayern (6,1%) und Baden-Württemberg (5,2%) lagen deutlich unter diesem Schnitt, während in NRW

(9,0%) und Niedersachsen (9,3%) erheblich mehr als dieser Schnitt registriert wurden. Um es zu verdeutlichen: Würde die Regierungspolitik in NRW eine ebenso erfolgreiche Politik wie in Baden-Württemberg machen und den 3,8%-Abstand aufholen, so wären dies fast 39.000 arbeitslose Jugendliche in NRW weniger. 39.000 Argumente gegen Rot-Grün!

Arbeitslosenquote bei Jugendlichen unter 25 Jahren (April 2002)

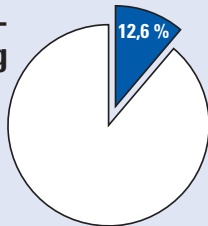


Ausländerarbeitslosigkeit

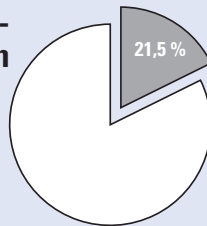
Eines der größten Probleme auf dem Arbeitsmarkt ist die enorm hohe Ausländerarbeitslosigkeit. Integration bedeutet für die CDU auch Integration auf dem deutschen Arbeitsmarkt. Das heißt: Eine vernünftige Wirtschaftspolitik legt Wert auf gut qualifizierte ausländische Arbeitnehmer, ohne den eigenen Jobmarkt übermäßig zu belasten. Dabei kann eine besonnene Zuwanderungspolitik den ausländischen Menschen oft mehr helfen als übermäßige Versprechungen. Versprechungen, die in NRW und Niedersachsen nicht gehalten werden. Gerade in der Zuwanderungs- und Integrationspolitik sollten anhand solch hoher Quoten der Ausländerarbeitslosigkeit in ihrer Verantwortung Sozialdemokraten und Grüne weniger vollmundig argumentieren.

Arbeitslosenquoten bei Ausländern (April 2002)

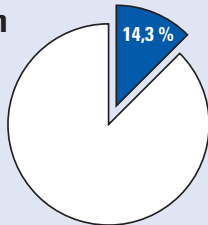
**Baden-
Württemberg**



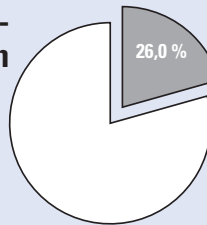
**Nordrhein-
Westfalen**



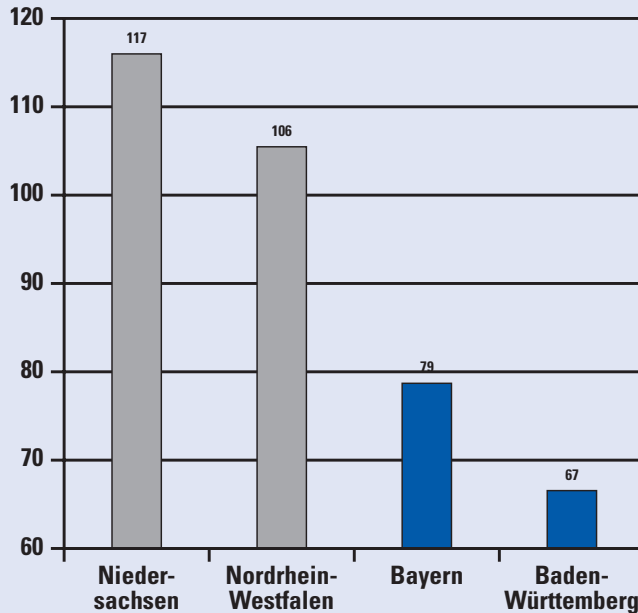
Bayern



**Nieder-
sachsen**



Insolvenzhäufigkeit: Eröffnete Insolvenzverfahren 2001 (pro 10.000 Unternehmen)



3. Insolvenzen

Die Schlagzeilen des Frühjahres 2002 waren wenig schmeichelhaft für die rot-grüne Regierungspolitik in Bund und in den Ländern. „Pleitewelle“ und „Pleitekanzler“ sind nur zwei der wenig schmeichelhaften Begriffe, die die Menschen mit sozialdemokratisch geführter Politik verbinden und tatsächlich sind die Zahlen alarmierend

Unternehmensinsolvenzen 2001

Im Jahr 2001 wurden in der Bundesrepublik Deutschland 32278 Unternehmensinsolvenzen eröffnet, davon alleine in Nordrhein-Westfalen 6574. Bayern (3943) und Baden-Württemberg (2723) dagegen lagen deutlich darunter.

Das wirtschaftlich erheblich kleinere Niedersachsen (ca. 250.000 Unternehmen) hatte dabei mit 2869 eröffneten Verfahren mehr Insolvenzen als das große Baden-Württemberg (über 400.000 Unternehmen). Rot-Grün hat auch und gerade in Gerhard Schröders Heimat hiermit ein weiteres mal versagt. Dies umfasst lediglich die tatsächlich eröffneten Verfahren. Inklusiv der mangels Masse abgewiesenen Verfahren steigt die Zahl der Firmenpleiten in NRW auf schwindelerregende 9427 Fälle.

Vergleicht man die Unternehmenspleitezahlen pro 10.000 Unternehmen so wird klar, dass auch hier die Union eine bessere Wirtschaftspolitik aufzuweisen hat. Hier gilt schon heute das Schlagwort **Leistung und Sicherheit** für die Wirtschaft. Sicherheit auch für die Arbeitsplätze vieler Menschen, denn bei den betroffenen Un-

ternehmen in Deutschland waren sage und schreibe 200.000 Menschen beschäftigt, die Zahl der gefolgten Arbeitsplatzverluste auch in den Zulieferfirmen liegt noch weit darüber. Alleine die Summe der offenen Forderungen betrug über 31 Mrd. € und der gesamtwirtschaftliche Schaden ist immens höher.

Aussichten für 2002

Nach Schätzungen des Verbandes der Vereine Creditreform e.V. wird die Zahl der Unternehmenszusammenbrüche in 2002 weiter steigen. Unter einer rot-grünen Regierung in Berlin werden ca. 40.000 Pleiten erwartet und damit eine weitere massive Zunahme gegenüber 2001 (32278). Nimmt man die Verbraucherinsolvenzen hinzu, so könnte die 60.000er-Schall-

mauer durchbrochen werden. Mit dieser prognostizierten Zunahme werden auch die gesamtwirtschaftlichen Aussichten sowie die Steuerschätzungen eingetrübt.

Der Schaden wird über Steuereinkommenverluste natürlich Auswirkungen auf öffentliche Haushalte, auf Arbeitsplätze und auf die Konjunktur haben. Ein weiteres trauriges Rekordjahr für den Pleitekanzler Gerhard Schröder steht bevor und wieder wird Nordrhein-Westfalen ein Gros der Insolvenzen zu verzeichnen haben. Weitere Beweise, dass es Zeit für Taten ist, die den Mittelstand stabilisieren und nicht den Absturz weniger Großkonzerne in spektakulären Aktionen und mit viel Steuergeld aufschieben.

4. Selbständigkeit in den Ländern

„Selbständigkeit und Wachstum schaffen Arbeitsplätze.“ Eine alte Weisheit, die anscheinend in rot-grünen Landen noch gepredigt werden muss. Ministerpräsident Clement sieht es offensichtlich, aber handelt nicht. Er selbst stellte im Februar 2002 fest, dass NRW an Tempo verloren habe und die Selbständigenquote gerade mal noch 9 Prozent betrüge. Erkenntnisse, die es umzusetzen gilt - Entwicklungen, die es aufzuhalten gilt. Doch nichts geschieht.

Gewerbean- und abmeldungen 2001

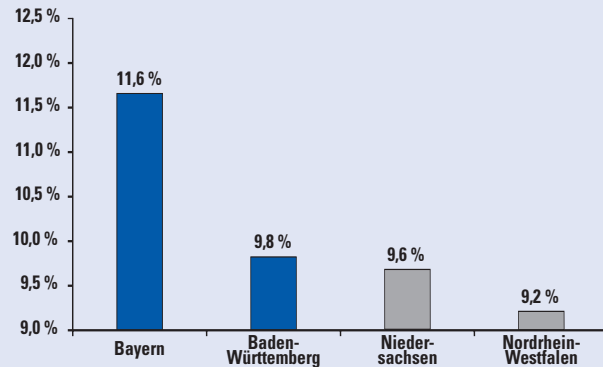
Ein stabiles Gründungsklima braucht Deutschland und Bayern macht es einmal wieder vor. Wichtiger als viele Gewerbeanmeldungen ist dabei die Zahl derjenigen,

die die Gründungsphase überleben. NRW hat dabei eine rekordverdächtige Pleitenwelle zu bieten, die sich im Saldo der An- und Abmeldungen von Gewerben ausdrückt. Pro 100.000 Einwohner gab es im Gesamtjahr in NRW gerade einmal ein Plus von 100,9. In Bayern waren dies fast doppelt so viele mit 173,3. Ein klarer Hinweis auf Edmund Stoibers Politik zugunsten der Selbständigen im Land.

Selbständigenquote

Wirtschaft lebt durch unternehmerisches Engagement. Selbständige in unserem Land schaffen einen Großteil der Arbeitsplätze und sind Garant für wirtschaftlichen Wohlstand. Durch die immens hohe Regelungsdichte und die vielen Ein-

Selbständigenquoten nach Ländern (Stand Mai 2000)



schränkungen unternehmerischen Handelns ist Deutschland kein beliebter Standort für Selbständige. Auch innerhalb von Deutschland zeigt sich ein deutliches Gefälle.

In den Ländern Bayern (11,6%) und Baden-Württemberg (9,8%) wird einfach eine bessere Politik für Selbständige gemacht.

Die Quoten zeigen dies deutlich. Rot-Grün in NRW (9,6%) und Niedersachsen (9,2%) hinken einmal mehr hinterher und Hemmen Selbständigkeit, einen der wichtigsten Motoren einer blühenden Wirtschaft.

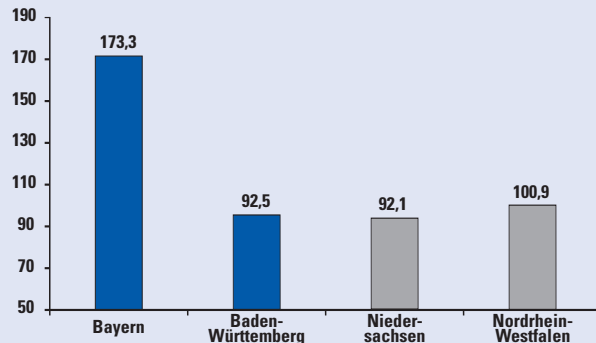
Stimmungen und Aussichten

Hohe Selbständigkeitsquoten sind nur dann zu erwarten, wenn die Menschen Zu-

versicht haben und Chancen sehen. Im Global Entrepreneurship Monitor (GEM) 2001 untersuchten Wissenschaftler unter Leitung von Prof. Rolf Sternberg von der Uni Köln für die Zeitschrift impulse den Glauben der Menschen an den Erfolg eines Start-Ups in ihrem Bundesland.

Zuversicht gibt es ehesten in den Unionsländern Saarland und der Hansestadt Hamburg. Die Frage: „Werden sich in den nächsten 6 Monaten in der Region in der Sie leben, gute Möglichkeiten für eine Unternehmensgründung ergeben?“ bejahten dort 39,8%, bzw. 29,2%. Bayern und Baden-Württemberg lagen bei dieser Frage mit 28% und 27,5% auch diesmal vor NRW (26,1%) und Niedersachsen (19,8%). Zuversicht als Grundvoraussetzung für unternehmerischen Mut: Rot-Grün schreckt ab.

Gewerbean- und abmeldungen, Saldo pro 100.000 Einwohner im Jahr 2001*



* Auf Grundlage der Einwohnerzahlen vom 30. 6. 2001

5. Bildung und Ausbildung

Die Köpfe unserer Kinder sind das größte Kapital unserer Volkswirtschaft. **Der Wirtschaftspolitische Vergleich der vier größten Bundesländer** der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU in Nordrhein-Westfalen beleuchtet nicht nur die aktuellen Indikatoren des Wachstums und der Beschäftigung in unserem Land, sondern auch die Chancen für die nächsten Generationen.

Und dabei sieht es in NRW düster aus. Trotz vollmundiger Ankündigungen, Nordrhein-Westfalen zum High-Tech-Standort zu machen, bleiben Bildung und Ausbildung in NRW ein verschmähtes Stiefkind der rot-grünen Landespolitik und des Ministerpräsidenten Clement.

Kostspielige Experimente und Modellprojekte sind das Einzige, was man an unseren Kindern – den kommenden Ar-

beitnehmern und Arbeitgebern – ausprobiert. Wer in die Bildung unserer Kinder nicht genügend investiert, der verspielt deren Zukunftschancen im Bundesland Nordrhein-Westfalen.

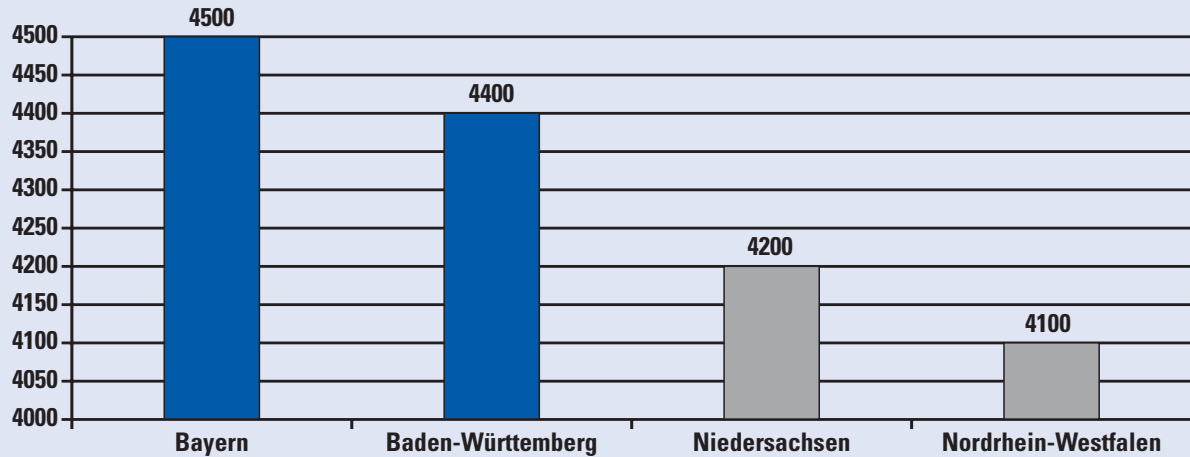
Ausgaben für Schüler in 1999

„PISA sei Dank!“ wird endlich in Deutschland auch Bildungspolitik als Standortfaktor diskutiert. Das Humankapital Deutschlands wird zunehmend als wichtiges Wettbewerbselement im Vergleich mit unseren europäischen und globalen Nachbarn und wirtschaftlichen Mitbewerber gesehen und hier gibt es offensichtlich viel zu tun in Nordrhein-Westfalen. **Auch der Wirtschaftspolitische Vergleich der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung** will die enorme ökonomische Bedeutung einer wettbewerbsfähigen und wettbewerbswilligen Bildungsgesellschaft nicht ignorieren. Wieder ein-

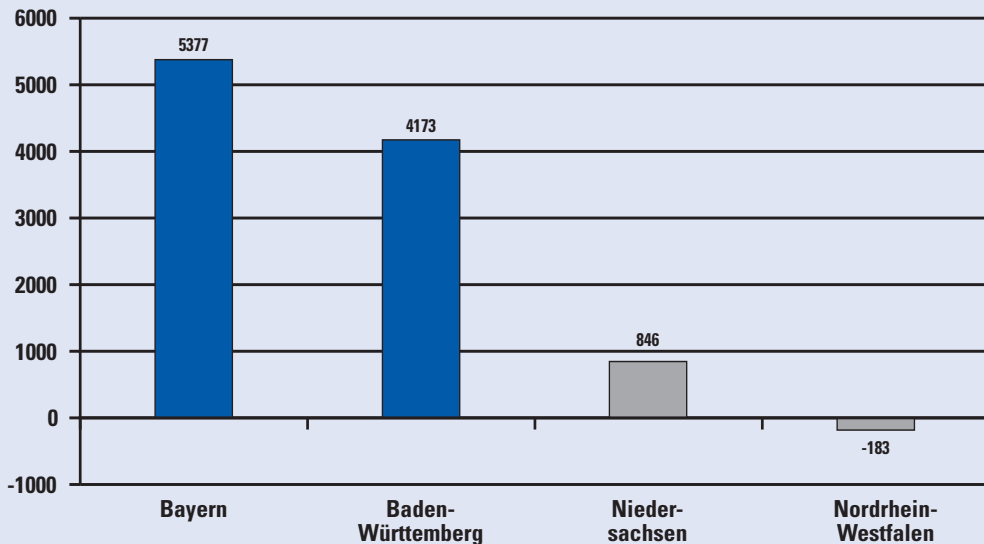
mal zeigt sich, dass rot-grüne Politik in einem wichtigen politischen Themenfeld nicht konkurrenzfähig ist.

Es wird deutlich, dass in unionsgeführten Ländern die Bildung unserer Kinder und Jugendlichen den Regierungen erheblich mehr wert ist als in sozialdemokratisch geführten Ländern. Dabei zeigt der Ministerpräsident und CDU-Kanzlerkandidat Edmund Stoiber den sozialdemokratischen Kollegen, wie man jungen Menschen Chancen durch Bildung eröffnet und in den eigenen Bildungsstandort und damit die Zukunft des Landes investiert. Mit 4500 € pro Schüler führt der Freistaat Bayern klar die Liste der Bildungsländer an und Nordrhein-Westfalen ist ein weiteres mal Schlusslicht auch in diesem Vergleich. Das ist die beklagenswerte Bildungspolitik in unserem Bundesland á la Clement und Behler.

Ausgaben je Schüler in 1999 in €



Saldo aus nicht besetzten Ausbildungsplätzen und nicht vermittelten Bewerbern, September 2001



Ausbildungsplatzlücke 2001

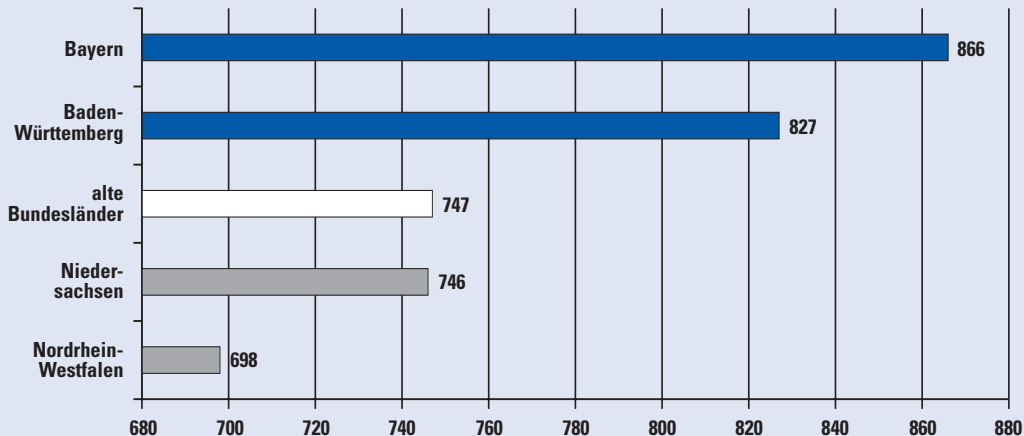
Keine gute Bilanz für Rot-Grün auch wenn man den Saldo der nicht besetzten Ausbildungsstellen mit der Anzahl der nicht vermittelten Bewerber errechnet. In Bayern und Baden-Württemberg konnten die unionsgeführten Landesregierungen massiv überschüssige Ausbildungsstellen vorweisen.

In Bayern gab es 5.377 mehr Stellen als nicht vermittelte Bewerber. In Baden-Württemberg waren es 4.173. Niedersachsen dümpelt trotz entspannter Ausbildungslage bei 846 und NRW versagt mit einem Minus von 183 Stellen auf ganzer Linie. Verschlechtert sich die Ausbildungsplatzlage, so werden in NRW wieder Jugendliche ohne Chance auf einen Beruf dastehen. Angehende Azubis in NRW haben dies nicht verdient.

Gemeldete Berufsausbildungsstellen 2001

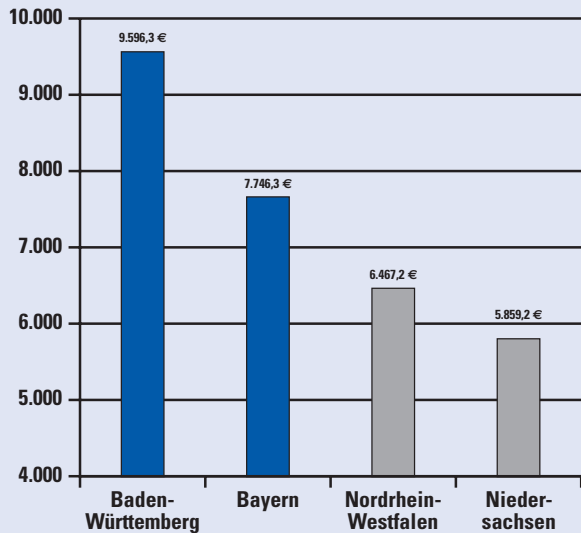
Keine Rede von einer Ausbildungssoffensive in NRW konnte in 2001 sein. Entgegen den Selbstbeweihräucherungen der Landesregierung war sogar ein klares Absacken gegenüber der Ausbildungslage in anderen Bundesländern zu verzeichnen. Die Zahlen sprechen eine klare Sprache: Hatte schon in unserem letzten Wirtschaftspolitischen Vergleich Bayern mit 820 Ausbildungsstellen pro 100.000 Einwohnern klar die Liga der Bundesländer angeführt, so konnten sie im Berichtsjahr 2001 (Oktober 2000 bis September 2001) noch einmal deutlich auf 866 Ausbildungsstellen zulegen. Auch Baden-Württemberg erhöhte auf einen Wert von 827. Versagt dagegen haben einmal mehr die sozialdemokratisch geführten Bundesländer: Niedersachsen und NRW hatten einen Rückgang bei den Ausbildungsstellen pro 100.000 Einwohner zu verzeichnen und verlieren damit als Ausbildungsland zunehmend an Boden. Die Realitäten überholen Rot-Grün.

Gemeldete Berufsausbildungsstellen 2001



*Einwohnerstand 2000, Stichtag 30. September 2001 (= Ende des Berichtsjahres der gemeldeten Berufsausbildungsstellen)

Pro-Kopf-Exporte nach Bundesländern in 2001 (in €)



6. Exporte

„Die Ausfuhr ist die Stütze unserer Konjunktur“ – eine Tatsache, die lange Zeit Deutschlands Erfolg als Wirtschaftsnation absicherte. Rot-Grüne Politik baute immer darauf, dass trotz der vielen Standortbeschädigungsgesetze dieser Regierung die Güterausfuhr die Wirtschaft stabilisieren würde. Dabei vertraut man auf die ruhige Hand sowie die ökonomischen und währungspolitischen Fähigkeiten unserer Handelspartner in Übersee und Europa. Aber auch Export muss erarbeitet werden, sonst bricht auch diese Stütze der heimischen Industrie weiterhin weg.

Außenhandel Deutschlands nach Bundesländern in 2001

Man sollte sich über gute Exportquoten freuen, solange man sie noch hat.

In NRW gibt es dabei leider nur wenig Grund zu Frohsinn. Denn in Deutschland sind wieder einmal die unionsgeführten Bundesländer für die Stabilität der guten Außenhandelsbilanz zuständig. NRW jedenfalls trägt nicht dazu bei: Ein negativer Außenhandelssaldo ist keine Empfehlung für die rot-grüne Politik. Exporten im Wert von 116 Mrd. Euro standen Einfuhren von 118 Mrd. Euro gegenüber. Baden-Württemberg und Bayern dagegen machen deutliche Überschüsse. Bayern liegt mit 10 Mrd. Euro im Plus und Baden-Württemberg exportierte mit 101 Mrd. Euro ein Viertel mehr als es importieren musste (78 Mrd. Euro). Ein Ergebnis, welches sich in den deutlich schlechteren Pro-Kopf-Exportzahlen des Wirtschaftsstandortes NRW manifestiert. Nachsitzen für Clement in Sachen Außenhandelsstatistik.

7. Innovation und Technologie

Ideen sind wertvolles Kapital und damit eine wichtige Triebfeder für eine boomende Wirtschaft und einen gesunden ökonomischen Standort.

Regierungen können auch das Klima für Ideen und Erfindungen beeinflussen, indem sie vernünftige und attraktive Rahmenbedingungen bieten, die Unternehmer ermutigen und Forscher fördern.

Gesamtzahl der Patentanmeldungen und Anteil der Länder in 2001

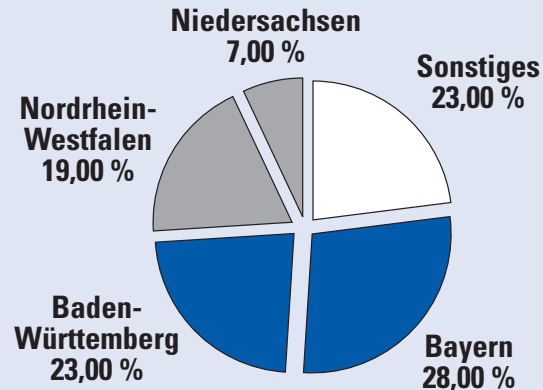
Der Jahresbericht des Deutschen Patent- und Markenamtes (DPMA) verzeichnete in 2001 52.650 Patentanmeldungen aus der Bundesrepublik Deutschland. Davon kamen alleine 14.511 aus dem

Freistaat Bayern und 11.884 aus Baden-Württemberg. Dies sind mehr als die Hälfte aller deutschen Patente im Jahr 2001.

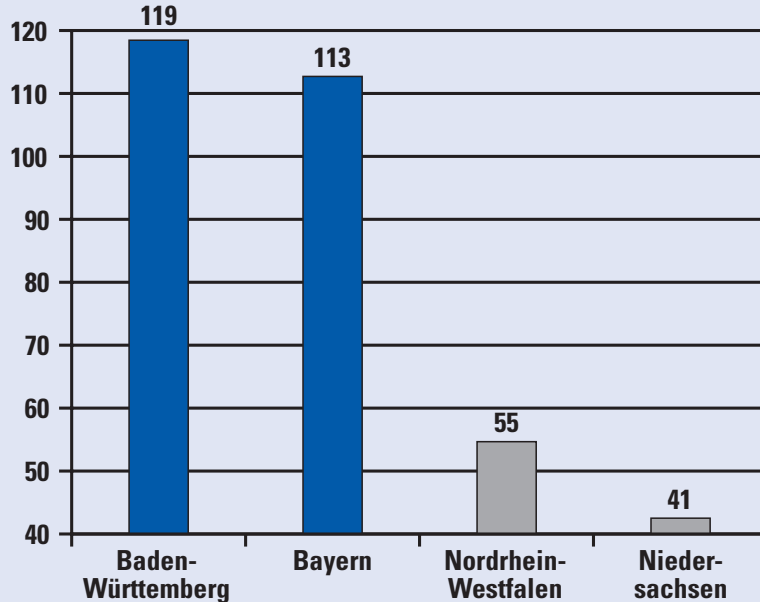
Beeindruckende Zahlen, aber keine Eintagsfliegen im Süden der Republik, denn schon in 1998, 1999 und im Jahr 2000 konnten die beiden Unionsländer unter den Ministerpräsidenten Stoiber und Teufel gemeinsam fast 50% erreichen und die Zahlen jährlich steigern.

Das größte Bundesland Nordrhein-Westfalen rangiert deutlich dahinter. Hier rächt sich der verpaßte Strukturwandel und die mittelmäßige Bildungspolitik der Sozialdemokraten in unserem Bundesland.

Anteil an den bundesdeutschen Patenten in 2001



Anzahl der Patentanmeldungen pro 100.000 Einwohner in 2001 nach Ländern



Patentanmeldungen pro Einwohner in 2001

Nach Bevölkerungszahl deklassieren dann die schwarzen Bundesländer Rot-Grün regelrecht in Sachen Innovation und Fortschritt: In 2001 119 (Bayern), respektive 113 (Baden-Württemberg) Patente pro 100.000 Einwohner gegenüber 55 in NRW und 41 in Niedersachsen.

Vergleicht man dies mit den Zahlen aus 2000, so zeigt sich, dass NRW (2000 = 57) und Niedersachsen (45) weiter verlieren und die Patente pro Einwohner zum Beispiel in Niedersachsen um 20% zurückgegangen sind, während sie in Bayern weiter steigen.

Für NRW heißt das: Wenig Output für ein so großes Land mit so vielen Potentialen.

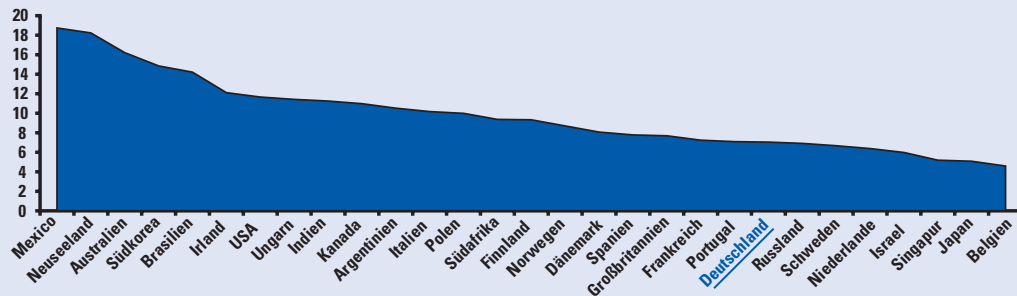
8. Deutschland im Wettbewerb

Es zeigt sich: Politik kann Rahmenbedingungen so setzen, dass Wirtschaft prosperiert. Der innerdeutsche Vergleich der 4 größten Bundesländer beweist es. Ob aktuelle Arbeitsmarktzahlen oder Aspekte der Zukunftsfähigkeit in verschiedenen Bundesländern - gemeint sind Bildung, Forschung, Innovation und unternehmerische Zuversicht - die Union zeigt, wie man es machen kann.

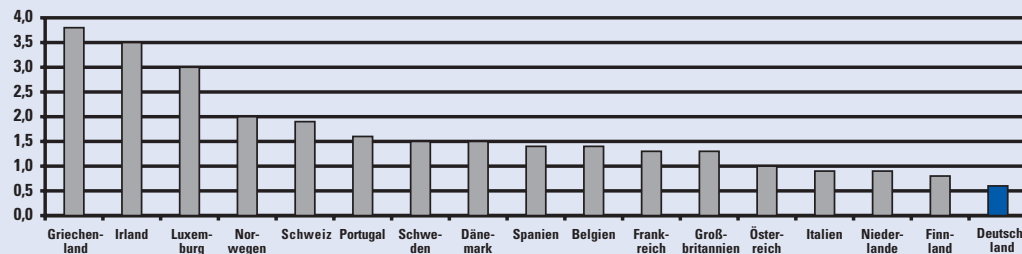
Rot-Grün in den Ländern versagt. Rot-Grün im Bund macht den Standort Deutschland zum Schlusslicht in Europa und zum Mittelmaß in der Welt.

Es ist höchste Zeit für eine neue Politik für Wachstum und Beschäftigung.

Gründerquoten im internationalen Vergleich 2001



Reales Bruttoinlandsprodukt (BIP), Prognose 2002 für Europa des DIW



Quellen

Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder
Bayerisches Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik
Bundesanstalt für Arbeit
DIW: Grundlinien der Wirtschaftsentwicklung 2002/2003
Global Entrepreneurship Monitor
Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen
Niedersächsisches Landesamt für Statistik
Statistisches Bundesamt
Statistisches Landesamt Baden-Württemberg
Verband Creditreform

Links

www.arbeitsamt.de
www.bayern.de
www.creditreform.de
www.destatis.de
www.lids.nrw.de
www.nls.niedersachsen.de
www.statistik-bw.de
www.statistik-bw.de/VolkswPreise/ArbeitskreisVGR

Redaktion

Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung
der CDU Nordrhein-Westfalen
Wasserstraße 5, 40213 Düsseldorf
Klaus Fenske, Stefan Simmnacher